

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postankosten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vorsitz: Dandner)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 25/26

Berlin, Sonnabend, 31. März 1917.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Unsere Ortsverbände im Jahre 1916. — Die Rat-
erteilung und Vertretung im Verbands der Deutschen
Gewerksvereine im Jahre 1916. — Wohnungsfragen
und Verkehrssteuer. — Allgemeine Rundschau. —
Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands. — Anzeigen.

Unsere Ortsverbände im Jahre 1916.

In früheren Jahren war es in unserer Organi-
sation üblich, daß die Ortsverbandsführer
Jahresberichte über die Tätigkeit der Ortsverbände
an den geschäftsführenden Ausschuss einbrachten, die
dann im „Gewerksverein“ veröffentlicht wurden.
Praktische Erwägungen haben dazu geführt, mit
dieser Art der Berichterstattung zu brechen, weil
diese Form kein klares Bild über die Wirksamkeit
der Ortsverbände erkennen und die Einseitigkeit
vermischen ließ; weil aber auch daraus nicht zu er-
sehen war, welche Ortsvereine abseits von den
Ortsverbänden standen, die durch ihr Beiseitbleiben
eine zweckdienliche Arbeit unserer Ortsverbände be-
einträchtigen. Der letzte Verbandstag, Pfingsten
1916, hat jetzt eine neue Form gefunden, die dem
geschäftsführenden Ausschuss und dem Zentralrat
Gelegenheit bieten soll, sich besser über das Wirken
der Ortsverbände zu unterrichten und dort einzu-
greifen, wo es nach Lage der Dinge notwendig er-
scheint. Der diesbezügliche Beschluß des Verbandstages
lautet:

Die üblichen jährlichen Berichte der Ortsverbände
fallen in Zukunft fort. An deren Stelle werden vom
Verbandsbüro Fragebogen am Ende jeden Jahres
herausgegeben, die von den Ortsverbands-Schrei-
führern auszufüllen und an die Ausgabestelle zurück-
zugeben sind.

Nach diesem Verbandstagsbeschlusse ist in diesem
Jahre zum ersten Male Verfahren worden. Die
Fragebogen wurden vor Ende 1916 verandt, aber
ein Teil derselben ist leider nicht wieder zurückge-
schickt worden. Bis zum 21. März betrug die Zahl
der noch fehlenden, also nicht beantworteten Frage-
bogen 29. Darunter befinden sich Ortsverbände,
bei denen eine solche Veräumnis eigentlich nicht
vorkommen dürfte, wie Beuthen, Erfeld, Don-
zig, Eisenach, Gera, Rattowitz, Merseburg, Neusals,
Stegen, Striegau und andere. Das muß im näch-
sten Jahre besser werden, da darf keiner fehlen.

Ein großer Teil der in den Ortsverbänden
tätigen Kollegen ist allerdings zum Seeresdienst
einberufen worden. Dadurch war die Geschäftsfüh-
rung mehrfachen Störungen unterworfen und die
neu in die Ämter gewählten Kollegen mußten sich
erst einarbeiten. Das kann als Entschuldigung für
die Säumnisse gelten. Bei einer halbwegs ge-
ordneten Geschäftsführung wäre es aber keineswegs
unmöglich gewesen, das verlangte und gebuchte stati-
stische Material zusammenzutragen, denn die Ge-
schäftsblätter der Ortsverbände müssen doch, wenn
sie auch nur einigermaßen gewissenhaft geführt
werden, das nötige Material liefern können. Die
Nichtsendung der Fragebogen an den geschäftsfüh-
renden Ausschuss beruht daher nicht immer auf
der Unmöglichkeit zur Ausführung einer solchen
Arbeit, sondern vielfach auch auf Unkenntnis oder
unrichtiger Beurteilung des Wertes, den eine solche
Statistik für unseren Verband und seine fernere
Wirksamkeit anzueignen ausübt. Hat der ge-
geschäftsführende Ausschuss und damit auch der Zen-
tralrat diese notwendigen Angaben nicht zur Hand,
dann ist es diesen leitenden Stellen des Verbandes
auch nicht möglich, immer den rechten Weg zu fin-
den, der zu einer nutzbringenden Anwendung unse-
rer Kräfte führen kann. Es wird somit Aufgabe
der Ortsverbandsvorstände sein, für das Jahr 1917
die erforderlichen Aufzeichnungen zu machen, dann
am Jahresschlusse die ihnen zugehenden Fragebogen

auszufüllen und dem geschäftsführenden Ausschuss
zur rechten Zeit wieder zurückzugeben. Wir wissen,
daß jede Keuerung, die gleichzeitig ein Abweichen
von alten Gewohnheiten bedeutet, anfangs manchen
Schwierigkeiten begegnet. Diese sind aber bei
auten Willen und in richtiger Erkenntnis ihrer
Notwendigkeit leicht zu überwinden, und wir er-
warten daher auch, daß die Berichte über das
laufende Jahr 1917 besser eingehen werden, als dies
jetzt geschehen ist.

Unsere Ortsverbände bedeuten dasselbe wie die
Gewerkschaftsartelle der anderen Organisations-
richtungen. Sie bilden den örtlichen Zusammen-
schluß von Ortsvereinen verschiedener Berufe zum
Zweck einer wirkungsvollen und dauernden Ver-
einigung und der Vertretung der gemeinsamen Inter-
essen. Während die Ortsvereine sich in der Haupt-
sache mit den Fragen ihrer speziellen Berufe zu be-
schäftigen haben, ist es Aufgabe der Ortsverbände
die Arbeiten in gleicher Weise berühren. Es
leuchtet ein, daß eine solche Arbeit nicht von
jedem einzelnen Ortsverein für sich allein gemacht
werden kann. Das würde zu Verwirrungen führen,
die Einseitigkeit, die zur Erreichung unserer Ziele
nicht einbehalten werden kann, unbedingt beeinträch-
tigen und den Erfolg zweifellos in Frage stellen.

In richtiger Erkenntnis dieser Dinge hat der
letzte Verbandstag bezüglich unserer Ortsverbände
weiter beschlossen:

Unter Wiederholung der Entschließung des Ver-
bandstages von 1913, die Mitarbeit der einzelnen
Ortsvereine in den Ortsverbänden betreffend, richtet
der diesjährige Verbandstag an alle Orts-
vereine, die dem an ihrem Ort bestehenden
Ortsverbände nicht angehören, die
dringende Aufforderung, den Beitritt
zu dem zuständigen Ortsverband zu
vollziehen.

Esens soll an den Orten, wo Ortsvereine ver-
schiedener Berufe vorhanden sind, die keinen Ortsver-
band bilden, die Errichtung von Ortsver-
bänden mit allem Nachdruck in die Hand
genommen werden.

Wir zweifeln nicht daran, daß dieser Beschluß
auch die notwendige Beachtung finden und ihm die
Ausführung folgen wird. Persönliche Dinge, die
nicht zur Sache gehören oder die eine Zusammen-
arbeit beeinträchtigen, dürfen es nicht hindern.
Das Ganze kommt hier in Frage, nicht die per-
sönlichen Gefühle Einzelner, und von diesem Ge-
sichtspunkte aus muß auch die Tätigkeit unserer
Ortsverbände betrachtet werden.

Diese einleitenden Worte haben wir für not-
wendig gehalten, um zunächst einmal das Wesen
der Ortsverbände selbst mehr zu klären, das in der
zurückliegenden Zeit manche schiefte Beurteilung er-
fahren hat. Es kommt dabei auch hier immer auf
den Geist an, mit dem man die Sache betrachtet,
nicht allein auf das gedruckte Wort und erst recht
nicht auf die rein persönliche Auffassung.

Am Schlusse des Jahres 1915 bestanden 202
Ortsverbände, von denen 25 keinerlei Mitteilung
über ihre Tätigkeit an die Verbandsleitung einge-
sandt haben. Demnach lag zu jener Zeit das Ma-
terial von 177 Ortsverbänden vor. Für das Jahr
1916 haben 173 Ortsverbände berichtet, also
4 weniger als für das vorhergehende Jahr.
Diesen 173 Ortsverbänden waren, im Jahre
1916 978 Ortsvereine angeschlossen, mit einer
Mitgliederzahl von 31 575. 98 Ortsvereine,
die ihrer Lage nach sehr gut angeschlossen
sein könnten, standen noch abseits, die es nun
zur Mitarbeit heranzuziehen gilt. Ein genauer
Vergleich mit dem Vorjahr ist nicht möglich,
weil die Grundlagen der Berichterstattung andere

geworden sind. Im nächsten Jahr wird sich ein Ber-
gleich besser ermöglichen lassen, sofern die Ortsver-
bandsausschüsse nach dieser Richtung nicht versagen.
An die nicht den Ortsverbänden angeschlossen
Ortsvereine sind vom geschäftsführenden Ausschuss
Aufforderungen zum Anschluß erlassen worden, die
hoffentlich auch die notwendige Beachtung finden
werden.

Neugeschaffen wurden 1916 keine Ortsver-
bände. Das hat seinen Grund wohl in der Haupt-
sache in dem Mangel an geeigneten Kräften, die jetzt
an allen Orten fehlen, insofern der zahlreichen Ein-
berufungen zum Seeresdienst. Trotzdem soll nicht
unterlassen werden darauf hinzuweisen, daß sich die
Zahl unserer Ortsverbände auch heute sehr leicht
vermehrten ließe, ohne daß es dafür besonderer An-
strengungen bedarf. Die Voraussetzungen zur Bil-
dung neuer Ortsverbände sind bereits mehrfach
vorhanden. Wir haben an verschiedenen Stellen
Ortsvereine verschiedener Berufe, die sich aber noch
nicht zu einem Ortsverband zusammengefunden
haben. Einige Beispiele mögen dies ergänzen:
Soweit uns bekannt ist, bestehen in Bülow
i. Pom. Ortsvereine der Maschinenbau- und
Metallarbeiter, der Solnarbeiter und der Haus-
werker, in P r i e g Ortsvereine der Maschinenbau-
und Metallarbeiter, der Lötzer und der Leder-
arbeiter, in G r ü n b e r g i. Schl. Maschinenbauer
und Textilarbeiter, in S o h e r s w e r d a Ma-
schinenbauer, Lederarbeiter und Fabrikarbeiter
u. s. f. Auch in anderen Landesteilen sind genügend
Orte vorhanden, an denen ohne weiteres Ortsver-
bände gebildet werden könnten, so z. B. in Heil-
bronn. Hier sind Ortsvereine der Maschinen-
bauer, Fabrik- und Sandarbeiter und Eisenbahner
vorhanden. Ferner in K e m p t e n i. M i t t e l-
r u d n. wo es Maschinenbauer und Solnarbeiter gibt, in
L a n d a u i. P f a l z, Maschinenbauer und Leder-
arbeiter. An allen diesen Orten und auch noch an
vielen anderen fehlt uns aber der Zusammenschluß
dieser Ortsvereine zu Ortsverbänden, der auch jetzt
schon in der Kriegszeit erfolgen sollte, wenn wir den
kommenden Zeiten genügend stark gerüstet und im
Innern fest geschlossen gegenüber stehen wollen.
Sollten diese Hinweise nicht dazu beitragen unsere
Verbandskollegen, die bisher die Notwendigkeit
des Bestehens von Ortsverbänden noch nicht erfasst
haben, Gelegenheit zur Betätigung zu geben?
S e r a n a n d i e A r b e i t! Ausreden können
dabei nichts gelten.

Andererseits kann auch gesagt werden, daß von
den bestehenden Ortsverbänden keiner der Auf-
lösung verfallen ist. Wenn auch in verschiedenen
Ortsverbänden nicht in der gewöhnlichen Art ar-
beitet wurde, so ist uns doch auf unsere Anfragen
geantwortet worden, daß man wieder vertrauen
will, neues Leben wahrzurufen, und daß mit der
Rückkehr der so zahlreich zum Seeresdienst einge-
zogenen Kollegen wieder eine Befruchtung der
Ortsverbände einsehen wird. Was der geschäftsfüh-
renden Ausschuss hierzu beitragen kann, das soll
schon jetzt und in der Zukunft erst recht geschehen.
(Fortsetzung folgt.)

Die Raterteilung und Vertretung im Verbands der Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1916.

Die Wirkungen des Krieges machen sich auch
in der Berichterstattung über die Rat- und Aus-
kunftsbeteiligung in unserer Organisation bemerkbar.
Wie aus den nachfolgenden Tabellen zu ersehen ist,
hat sich die Zahl der Bericht erstattenden Stellen
wiederum vermindert. Zum Teil ist dies darauf

Tabelle I. Die erteilten Rechtsauskünfte.

Saufname Nummer	Ort	Gesamtzahl der erteilten Auskünfte		organisiert	unorganisiert	Wo organisiert:					Arbeitervertretung	Arbeits- und Dienstvertrag	Blutrecht	Gemeinde- u. Staatsangehörigkeiten	Arbeiterbewegung	mündlich	schriftlich	Schriftsatz		
		mündlich	weisslich			Gericht	frei	Arbeitervereine	sonstige Organisationen											
Arbeitersekretariate.																				
1	Berlin	581	518	65	547	34	541	1	—	5	532	9	18	—	10	17	275	306	57	
2	Düsseldorf	1531	1407	124	1378	153	1225	5	4	3	588	207	205	81	861	9	1505	20	327	
3	Frankfurt a. M.	809	286	23	253	54	184	10	12	40	12	35	7	32	183	40	265	4	28	
4	Nürnberg	104	506	544	814	226	734	39	14	23	227	205	145	38	311	119	961	79	264	
Gesamtzahlen:		3461	2715	746	2969	407	2825	64	34	71	1359	516	370	146	86	205	3006	465	676	
Rechtsauskunftsstellen.																				
5	Köln	450	280	170	275	175	250	25	—	—	120	130	4	9	149	—	450	—	335	
6	Altena i. W.	4100	3546	554	2656	1444	2565	68	23	—	2	991	692	1534	124	2	416	3698	402	4340
7	Münster	488	238	250	220	208	217	8	—	—	—	13	88	67	12	233	8	427	61	61
8	Breslau	1892	1885	7	1885	—	—	—	—	—	—	173	832	475	169	432	261	1878	14	88
9	Dortmund	857	290	67	290	67	290	—	—	—	—	60	42	48	17	141	2	346	11	118
10	Dresden	1037	60	211	818	219	801	9	3	5	193	159	79	19	197	390	658	379	211	
11	Elbing	80	50	10	47	18	47	—	—	—	—	22	4	8	1	27	8	58	2	40
12	Essen	96	60	28	55	31	51	2	1	1	12	20	6	—	48	—	79	7	26	
13	Forst i. S.	887	879	508	465	42	444	18	—	—	227	75	133	44	367	41	847	20	314	
14	Hörsing	50	41	15	35	21	35	—	—	—	2	11	10	—	12	2	37	19	3	
15	Hamm	485	420	45	398	69	385	6	5	—	9	98	136	—	137	—	?	?	184	
16	Hannover	432	319	113	395	37	322	42	1	10	6	89	108	15	158	—	867	65	121	
17	Ratowitz	6804	5234	1569	5999	805	5618	47	52	247	1233	494	530	242	203	1216	5942	822	2945	
18	Röln	444	?	?	?	?	?	?	?	?	?	1	1	82	44	7	150	24	341	
19	Seipzig	199	141	58	157	42	138	5	—	—	14	100	81	51	2	151	44	317	12	57
20	Oberhausen	624	521	102	508	115	498	4	2	4	254	136	51	14	148	24	537	86	132	
21	Spremer	713	326	387	544	160	511	33	—	—	179	183	181	65	88	25	584	129	409	
22	Stettin (Masch.)	334	205	129	333	1	333	—	—	—	108	3	9	11	105	3	322	12	179	
23	W. S. u. G.	208	186	22	184	28	113	11	—	—	56	43	8	17	6	5	182	26	72	
24	Wanne	192	186	6	189	8	183	—	—	—	8	38	18	4	65	—	148	54	107	
25	Weigenfels	203	79	124	19	4	195	4	—	—	6	27	18	13	107	2	14	57	—	
Gesamtzahlen:		20034	15216	4370	15640	3940	14879	275	110	322	4357	2804	4727	768	5002	2602	1374	2321	9810	
Auskunftsstellen.																				
26	Bitterfeld	268	209	54	223	40	223	—	—	—	122	26	56	12	48	—	263	—	146	
27	Döbeln	36	19	17	20	16	20	—	—	—	10	3	—	—	19	4	36	—	30	
28	Halle a. S.	192	134	58	141	51	127	8	4	2	30	37	38	2	77	13	192	—	151	
Gesamtzahlen:		2992	18293	5245	1024	4514	18074	347	148	455	5873	3385	5186	928	6011	272	2	871	2770	

*) Die unter Köln genannten Zahlen umfassen auch die von Essen und Welsenkirchen, da diese 3 Auskunftsstellen während des Krieges vom Roll. Statistik zusammen bearbeitet werden.

Tabelle II. Wahrgenommene Termine.

Ort	Zahl der Vertretungen			Ergebnis		
	Arbeiter-vertretung	Gewerkschaft	sonstige	überhaupt	ohne Erfolg	mit Erfolg
Altena	17	6	28	51	40	7
Münster	1	—	—	1	1	—
Berlin	87	—	—	87	18	9
Breslau	—	2	1	3	—	—
Essen a. W.	24	1	—	25	?	?
Dortmund	—	—	1	1	—	—
Dresden	—	8	10	18	12	1
Düsseldorf	7	—	3	10	8	2
Elbing	—	1	—	1	—	—
Forst	8	—	—	8	1	1
Hagen i. W.	12	9	—	21	8	5
Hamm i. W.	5	1	2	8	5	8
Ratowitz	6	3	2	11	6	8
Seipzig	4	1	1	6	—	2
Nürnberg	4	—	1	5	3	2
Oberhausen	10	3	8	16	2	5
Stettin (Masch.)	8	—	—	8	3	4
Stettin (Fab. u. Handw.)	9	—	28	37	?	?
Wanne i. W.	4	—	—	4	2	1
Gesamtzahlen: 201 80 80 311 98 48 91 12						

zurückzuführen, daß die Leiter der Auskunftsstellen an den Fahnen einberufen sind; zum Teil aber liegt der Grund auch in der Gleichgültigkeit, die dieser Statistik von mancher Seite entgegengebracht wird. Diese Gleichgültigkeit ist tief bedauerlich, da dadurch das Wirken der Deutschen Gewerkschaften auf diesem Gebiete in den Hintergrund gedrängt wird. In den andern Organisationsrichtungen wird auf diese Statistik mehr Wert gelegt, was zur Folge hat, daß sie auch in der Öffentlichkeit mit größeren Zahlen prunken können. Es wäre daher im Interesse der Sache wirklich dringend zu wünschen, daß in Frage kommenden Kollegen für die Zukunft sich reger an der Berichterstattung beteiligen. Und dann noch ein Mangel: In unserer Statistik fehlt es an der Einheitslichkeit. Der eine legt bei der Berechnung die Zahl der Besucher zugrunde, der andere die Zahl der Auskünfte. Nun kann jemand in mehreren ganz verschiedenen Sachen

Auskunft suchen. Wir haben es bisher immer so gehalten, daß die Zahl der Auskünfte bemerkt wird. Nur wenn einheitlich nach diesem Gesichtspunkte gehandelt wird, kann auch die Statistik ein einheitliches Bild bekommen, und nur dann können auch die Endzahlen miteinander verglichen werden und müssen stimmen. Es ist auch nicht angängig, daß verschiedene Kollegen die eine oder die andere Rubrik nicht ausfüllen, sondern einfach mit einem Fragezeichen versehen. Auch das dient dem verfolgten Zwecke nicht.

Trotz dieser Mängel aber leat unsere Statistik bereides Zeugnis für die segensreiche Tätigkeit unserer Organisation auf dem Gebiete der Rat- und Auskunfterteilung ab. Manche Sorge kann dadurch beseitigt, manche Kränke gestillt werden, ganz abgesehen von den finanziellen Erfolgen, die dabei erzielt werden. Die Zahl der erteilten Auskünfte ist gegen das Vorjahr, das 1917 aufwies, mit 23 982 um über 4000 gestiegen. Wir verlassen es uns, auf die einzelnen Posten einzugehen. Alles Nähere ist ja aus den Tabellen selbst ersichtlich.

Noch einige Bemerkungen zu den Zahlen aus dem Hauptarbeitersekretariat in Berlin. Der Kollege Potkoff, der dasselbe zu leiten hat, steht seit August v. J. im Felde. Die Bearbeitung der Arbeiterversicherungssachen ist dem Kollegen Lewin übertragen worden. Auch die Rat- und Auskunfterteilung liegt in dessen Händen. Bei der schwachen Besetzung des Büros ist es aber natürlich, daß sämtliche Kollegen den Besuchern des Verbandsbüros Auskunft erteilen. Da kann es sehr wohl vorkommen, daß manche Auskunft nicht gebucht wird, so daß in Wirklichkeit die Zahl der im Verbandsbüro erteilten Auskünfte höher ist, als sie die Tabelle angibt.

Was die Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt anbetrifft, so wird diese durch die anerkanntwertige Unterfertigung der Kollegen aus den verschiedensten Gewerkschaften durchgeführt. Das ist mir in früheren Jahren im Verbandsbüro gewissenhaft und erfolgreich gelungen. Vertretungen vor dem Reichsversicherungsamt fanden im ganzen 87 statt. Unfälle im Verbandsbüro von 75. Hinterbliebenensachen 6, Unfallrenten 15 und Krankensachen 1. Abgelehnt wurde die Vertretung in 2 Fällen, in dem einen wegen absoluter

Aussichtslosigkeit, in dem andern, weil die vorliegenden Angaben offenbar unzuverlässig waren. Mit einem vollen Erfolge endigten die Streitfälle in 18 Fällen, mit einem Teilerfolge in 9 Fällen. 48 mal war uns jeder Erfolg verliert, während 12 Termine mit weiterer Beweiserhebung endigten.

Wohnungsfragen und Verkehrssteuer.

Während im preussischen Abgeordnetenhaus die Beratungen über den Entwurf eines Wohnungsgesetzes noch nicht zum Abschluss gelangt sind, geht in der Öffentlichkeit die Aussprache über die Frage, ob nach dem Kriege eine Wohnungsnot kommen wird, noch immer hin und her. Als kürzlich in Halle a. S. der Landesverbandstag der Hausbesitzerorganisationen tate, wurde dort die Ansicht unvorderproben hingenommen, es sei eine Sache, wenn gesagt werde, daß nach dem Kriege eine Wohnungsnot eintreten werde. Ein Wohnungsgesetz gibt es, aber kein Wohnungs-Gesetz. Daß die organisierten Hausbesitzer sich grundtätzlich gegen das Durchbringen der Ansicht, der Kriege könne ein Wohnungs-Gesetz im Gefolge haben, sträuben, erscheint begrifflich vom Standpunkte derjenigen, die einen Aufschwung des jetzt darniederliegenden Hausbesitzerverwerbes nach dem Kriege herbeiführen. Für die Allgemeinheit liegt aber doch der zwingende Grund vor, eigennützige Interessen hintenan zu stellen und rechtzeitig zu ergreifende Maßnahmen zur Verhütung einer drohenden Wohnungsnot zu fordern. Die Urteile sachkundiger Wohnungspolitikern lauten ganz anders, als das auf dem Hausbesitzertage gefällte.

Stadtbaurat Veuster forderte vor einiger Zeit in der „Vossischen Zeitung“ ein Kriegsmohnungsamt für Groß-Berlin, dessen wesentlichste Aufgabe er in der Aufstellung eines Mohnmohnungsplanes zur Abwehr der drohenden Mohnmohnungsnot bezeichnete und zwar:

- a) durch Vorbereitung von Maßregeln zur Anregung der privatgewerblichen und genossenschaftlichen Mohnmohnungserstellung (Verbesserung von Bebauungsplänen und Bauordnungen, Verbilligung der Erschließung, Vereinbarung von Bauplänen mit Baugesellschaften und Baugenossenschaften, Beschaffung von Geld und Realcredit, von Baumaterialien, Arbeitskräften usw.) und
- b) durch Vorbereitung von Maßregeln für eine etwa erforderlich werdende öffentliche Ergründung der Mohnmohnungserstellung (Bereitstellung öffentlicher Ländereien, Gründung einer Siedlungsbank für Groß-Berlin, usw.).

Stadtbaurat Veuster schrieb hierzu: „Man mag die Lage des Mohnmohnungsmarktes noch so ruhig und kühl betrachten, die Mohnmohnungszählung hat deutlich vor Augen geführt, daß alsbald nach Friedensschluß zu mindest eine harte Knappheit an kleinen Mohnmohnungen eintreten wird, die aber auch über kurz sich zu einer Mohnmohnungsnot auszuwaschen kann.“ Den verantwortlichen Stellen rief Veuster eindringlich zu: „Geht ohne Verzagen an die Aufstellung eines Mohnmohnungsplanes zur Abwehr einer drohenden Mohnmohnungsnot heran, damit Groß-Berlin beim Friedensschluß voll gerüstet dasteht, etwa eintretende Mohnmohnungsnotstände durch rasche Tat abwenden zu können!“

Der bekannte Sozialpolitiker Prof. Albrecht urteilt, soweit Groß-Berlin in Betracht kommt, in gleicher Weise wie Stadtbaurat Veuster. Er weist aber ferner in einer der Tagespresse ausgegangenen Mitteilung des Deutschen Wohnungsausschusses nachdrücklich darauf hin, daß aus anderen Teilen Deutschlands amtliche Ergebnisse von statistischen Erhebungen vorliegen, die auf dieselbe Gefahr hinweisen. So läßt ein Erlaß des Bayerischen Staatsministeriums des Innern erkennen, daß für eine ganze Anzahl bayerischer Städte für die Zeit nach dem Kriege mit verschärfter Mohnmohnungsnot zu rechnen sein wird. Aus andern Teilen des Reiches wird ein Gleiches gemeldet. Prof. Albrecht betont schließlich, daß an vielen Orten der Vorrat an kleinen Mohnmohnungen sich nicht als ausreichend erweisen wird, um dem mit aller Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Bedürfnisse zu genügen; daher sei die Planung gewiß am Platze, nicht formallos alles der weiteren Entscheidung zu überlassen.

Der preussische Geleesentwurf soll ja etwas dazu beitragen, der Mohnmohnungsnot vorzubeugen, indem die Förderung der Herstellung von Mohnmohnungen in den Vordergrund gestellt wird. Eine Forderung der Bauordnungen und eine Befreiung der Mohnmohnungshindernisse sind vorgesehen, sowie erteilliche Maßnahmen, von denen in Verbindung mit den üblichen gewerblichen Ablichtungsmaßnahmen zu wünschen ist, daß sie recht bald Geleesentwürfen entgegenkommen. Ebenso ist es als ein Fortschritt anzusehen, daß der Staat sich auch an der Gründung von gemeinnützigen Bauverbänden

finanziell übertrugen
 Preussischen
 staaten getrieb
 staaten lide M
 Wohnm
 entpre
 D
 Bundes
 Wohnm
 eitekt.
 Kei ch
 schwere
 nachdri
 kann.
 Steuer
 Frieden
 leben i
 Opfer
 zuführ
 bloß fi
 gere z
 angefi
 den W
 wart
 Städte
 Wohnm
 rung d
 ausfi
 Fehlgri
 den Gr
 dahin
 billig v
 nicht d
 die Ein
 rung d
 halb b
 Reich
 schwäch
 nach sid
 Prof. S
 wenn e
 städti
 „den e
 unfer
 Iest e
 Auf e
 steue
 auf e
 M
 Ge
 auf dem
 Kriege
 Sägen:
 An
 Werkstä
 fündige
 immer
 Anterer
 sich sage
 lichen A
 zteht de
 und frei
 Die Frau
 unglück
 Landwir
 erselich
 der F
 Agen
 trieb
 Die
 Zeit mo
 ornanis
 „Deutsc
 gekränk
 lenen.
 ihren M
 wird sch
 oran p
 beste R
 wir das
 „Wo
 gung Bef
 ohne je
 den, da
 natio
 in sid
 gane i
 werde

finanziell beteiligen will. Als Hauptfrage bleibt aber trotzdem immer noch bestehen: wenn auch in Preußen und hier und da in anderen Bundesstaaten Wohnungsfürsorge im erwähnten Sinne getrieben wird, wo bleiben die anderen Bundesstaaten, wo bleibt das Reich? Eine einheitliche Regelung der demnächst brennend werdenden Wohnungsfrage durch das Reich wäre sicher zweckentsprechender gewesen.

Durch den Einspruch partikularistisch gesinnter Bundesstaaten ist die Absicht des Reichstages, die Wohnungsfrage zur Reichsfrage zu machen, vereitelt. Nun kommt aber das Reich und will durch Reichsteuern die Lösung der Wohnfrage erschweren. Das ist ein Vorhaben, gegen welches nicht nachdrücklich genug Widerspruch erhoben werden kann. Gewiß müssen jetzt in der Kriegszeit manche Steuern hingenommen werden, gegen die in Friedenszeiten ein Sturm des Unwillens sich erheben würde. Das deutsche Volk ist auch zu jedem Opfer bereit, um den Krieg einem allfälligen Ende zuführen zu können. Steuern werden aber nicht bloß für heute und morgen, sondern für eine längere Zeitdauer beschlossen, und da muß denn doch angefaßt werden, was nach dem Kriege zweifellos kommenden Wohnungsnotwendigkeit ernstlich vor Steuern gewarnt werden, die geeignet erscheinen, in Großstädten und Industrie-Bezirken die vorhandene Wohnungsnotwendigkeit zu vergrößern. Die Besteuerung des Nahverkehrs auch in der vom Reichstagsausschuß beschlossenen milderen Form ist als ein Fehlgriff anzusehen. Um die Wohngelegenheit in den Großstädten zu entlasten, müßte das Bestreben dahin gehen, den Fahrpreis im Nahverkehr so billig wie nur irgend möglich zu gestalten, ihn aber nicht durch Steuern in die Höhe zu treiben. Alle Steuerbestrebungen werden durch eine Besteuerung des Verkehrs geradezu hintertrieben. Deshalb befürchten wir auch, daß die Beschlüsse des Reichstagsausschusses trotz der vorgenommenen Abschwächung des Regierungsentwurfes ernste Folgen nach sich ziehen können. Wir pflichten dem Thüringer Prof. Karl Johannes Fuchs vollständig bei, wenn er vor einigen Tagen in einer reichsstadtischen Zeitung aus sprach, es müsse von allen „denen Wohlergehen und Gesundheit unseres Volkes am Geraen liegt, in letzter Stunde aufs dringendste der Auferhebung werden, von einer Besteuerung des Nahverkehrs ganz abzusehen“.

Selbst uns siegen!



zeichnet
die
Kriegsanleihe

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 30. März 1917.

Gegen das Anwerben weiblicher Arbeitskräfte auf dem Lande für die Industrie wendet sich das Kriegsamt mit folgenden beachtenswerten Sätzen:

Industrielle Unternehmer, kriegswirtschaftliche Werkstätten, kurzum alle städtischen Betriebe, verständig sich am Vaterland, wenn sie jetzt noch immer Frauen vom Lande anstellen oder gar durch Agenten anwerben lassen. Jeder Unternehmer muß sich sagen, daß er durch die Einstellung von ländlichen Arbeitskräften sich selbst schädigt, denn er entzieht der Landwirtschaft die Kräfte, die für seine und seiner Arbeiter Ernährung zu sorgen haben! Die Frau vom Lande ist für den Unternehmer eine ungelernete Arbeiterin wie jede andere, für die Landwirtschaft aber ist sie Facharbeiterin und unerlässlich! Daher noch einmal: kein Anwerben der Frauen auf dem Lande durch Agenten, kein Anstellen ländlicher Arbeiterinnen in städtischen Betrieben!

Die scharfe Abtats, die die Gelben in letzter Zeit mehrfach seitens der unabhängigen Arbeiterorganisationen haben erfahren müssen, gibt der „Deutschen Arbeiterberaters“ Veranlassung, für ihre gekränkten Schuhlinge ein warmes Wort einzulassen. Die Behauptung, die Gelben verdonnen ihren Unbrunn der Unterstützung der Unternehmer, wird schroff widerlegt: nach dem Unternehmerorgan sind diese gelben Vereinigungen sogar die beste Vertretung der Arbeiterinteressen. Doch lassen wir das Blatt selbst sprechen:

Was aber den Kernpunkt der ganzen Beschuldigung betrifft, so soll an dieser Stelle ausdrücklich und ohne jeden Vorbehalt die Erlahrung abgeben werden, daß die wirtschaftsfriedlichen und nationalen Arbeiterverbande in keiner Hinsicht als Gründungen oder als Organe der Arbeitgebererschaft angesehen werden dürfen. Allermagig kam gerade aus

dem Archiv der „Arbeitgeber-Zeitung“ der Beweis erbracht worden, daß sich bei Beginn der wirtschaftsfriedlichen Bewegung die maßgebenden Vertreter der Arbeitgebererschaft auf den Standpunkt gestellt haben, die junge Bewegung müsse sich aus sich selbst heraus, aus den Kreisen der Arbeitererschaft entwickeln. Man dürfe und solle sie gewiß mit freundlichen Augen verfolgen, aber jede künstliche oder gewalttamige Pflege und Förderung sei vom Uebel und müsse darum unterbleiben. Dieses Programm ist bis auf den heutigen Tag festgehalten worden, und wie der Erfolg beweist, ist es durchaus richtig gewesen. Die wirtschaftsfriedlichen Verbände haben aus eigener Kraft einen hohen Grad der Entwicklung erreicht, sie werden getragen von dem Vertrauen der Arbeitererschaft, die mehr und mehr einsehen lernt, wo sie ihren wahren Vorteil suchen muß, und die sich den Fesseln der politischen Streikwerkstoffen zu entziehen sucht. Es liegt in der Natur der Sache, daß sich zwischen den wirtschaftsfriedlichen und den Arbeitgebern ein harmonisches Verhaltis, eine wirkliche Gemeinschaftsarbeit entwickelt, was freilich den Gewerkschaften der anderen Richtung unangenehm und widerwärtig erscheinen mag! Daß sich bei solcher Zusammenarbeit hier und da eine materielle Unterstützung der aufstrebenden Bewegung als geboten erweist, darüber braucht man kein Wort zu verlieren, die eigentlichen, innersten Triebkräfte der wirtschaftsfriedlichen Organisation werden hierdurch nicht berührt, und alle politischen Bedrohungen ändern nichts an der Tatsache, daß die wirtschaftsfriedlichen Verbände eine ebenso gute, nein, eine viel bessere und gesündere Vertretung der eigentlichen Arbeiterinteressen darstellen, als die anderen Organisationen, die oft genug des Arbeiterinteresse sehr vernachlässigen, wenn es sich um politische oder sonstige Nebenabsichten handelt!

Die gelberrten Fae sind auch in der „Arbeitgeberzeitung“ durch den Druck hervorgerufen. Jeder Kunde wird dafur nur ein Wachsel sufig haben. Durch zahllose, auch in der Presse verstärkt, materielle Dokumente ist nachgewiesen, welche kampern materiellen Opfer sich die Unternehmer die Gelben kosten lassen und es wird ja auch offen die materielle Unterstützung der aufstrebenden Bewegung“ ausgeben. Daß damit die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Arbeitererschaft werden muß, ist jedem klar, der die Verhältnisse kennt. Ebenso verweist es sich mit der Behauptung, daß seitens der Unternehmer jede künstliche oder gewalttamige Pflege und Förderung der Gelben als vom Uebel angehen

werde und deshalb unterbleibe. Die organisierten Arbeiter wissen davon ein anderes Lied zu singen. Wo die Gelben zu größeren Vereinen zusammengefaßt sind, da wird auch den anderen Arbeitern, entgegen ihrer Ueberzeugung, sehr eindringlich „ans Herz gelegt“, diesen Vereinen beizutreten. Oft genug wird die Einstellung sogar abhängig gemacht von dem Eintritt in den gelben Verein. Sollte davon die „Arbeitgeber-Zg.“ nichts wissen und will sie bestreiten, daß dies sogar eine sehr „künstliche und gewalttamige Pflege und Förderung ist?“ Und was endlich „bessere und gesündere Vertretung der Arbeiterinteressen“ anbetrifft, so ist es einfach lachhaft, dafur auf die Gelben zu verweisen. Die Gelben selbst haben zu ihren Vertrauensmännern so wenig Vertrauen, daß sie es sich herztlich gern gefallen lassen, daß bei irgend welchen Streitigkeiten ihre Sache von organisierten Arbeitern vertreten wird. Mit Beispielen dafur stehen wir gern zu Diensten. Unter diesen Umständen bedeutet der Reinigungsversuch der „Arbeitgeberzeitung“ eine Mohrenwasche, die keinen Erfolg haben kann. An der Beurteilung der Gelben wird dadurch weder in der organisierten Arbeitererschaft, noch in der Oeffentlichkeit etwas geändert werden.

Nur etwas mehr Nachdruck! Herr von Oldenburg hat mit aller Teuflichkeit verraten, daß Deutschland große Kartoffelernten haben kann, wenn man seinen Genumagsgenossen 8 Mk. für jeden Zentner Kartoffeln zahlt. — Herr von Kardorff forderte nicht minder eindringlich: Man verdoppele den Butterpreis, dann wird man auch Butter genug haben! — Graf Kospoth erklärte offentlich, daß trotz des Verbotes in seiner Wirtschaft Kartoffeln gebraunt würden, die sich auf dem Tische eines Kommerzienrats sehen lassen könnten.

Uns will es scheinen, daß man nur etwas fester aufzutreten brauchte, wenn man die Beteiligten an ihre im Frieden übernommenen Nahrungsflichten erinnert, dann ließe sich schon manches erreichen. Wenn man dann den Verordnungen Beachtung zu erlangen wute, käme das Uebel wohl ganz von selbst. Und was dem Städter auf Grund des Hilfsdienstgesetzes recht ist, das sollte dem Landwirt nur billig sein, nämlich die Pflicht, alle persönlichen Interessen

